

31.03.2019

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/GRÜNE**

**Betreff:**

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Markkleeberg

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Markkleeberg. Dazu wird die Stadtverwaltung beauftragt eine entsprechende Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Markkleeberg über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbaubeitragssatzung) vom 23.11.2016 zu erarbeiten und dem Stadtrat am 13. Mai 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Sachdarstellung:**

Gemäß § 26 Abs. 1 SächsKAG können Gemeinden zur Deckung ihres baubedingten Aufwandes für den Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen Beiträge für Grundstücke erheben, denen durch die auszubauende Verkehrsanlage Vorteile zuwachsen. Von dieser Regelung hat die Stadt Markkleeberg Gebrauch gemacht und entsprechende Straßenausbaubeiträge erhoben.

Im Durchschnitt der bisher abgerechneten 11 Jahre wurden jährlich knapp unter 100 T€ eingenommen. Dem stehen Verwaltungsaufwendungen für die individuellen Beitragskalkulationen im Vorfeld der einzelnen Baumaßnahmen, für die obligatorischen Informationsveranstaltungen, für vielfache Gespräche und Schriftwechsel mit Betroffenen, für die Erstellung der förmlichen Beitragsbescheide, für eventuelle Rechtsstreitigkeiten und gegebenenfalls für individuelle Regelungen zu Beitragszahlungen gegenüber.

Auch wenn die Beiträge ein vertretbares Maß nicht überschritten haben, so führen diese dennoch zu besonderen Belastungen der Eigentümer. Die Haushaltssituation der Stadt Markkleeberg und der gemeinsame Entschluss der Fraktionen im Markkleeberger Stadtrat zukünftige Straßenausbaulasten ausschließlich solidarisch zu tragen, ermöglichen die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Oliver Fritzsche  
Fraktionsvorsitzender CDU

Rolf Müller  
Fraktionsvorsitzender SPD

Prof. Dr. Dieter Bormann  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Joachim Schruth  
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/GRÜNE